



Medienmitteilung

Datum: 15.02.2012

Bundesrechnung 2011: Positiver Abschluss trotz hoher ausserordentlicher Ausgaben

Der Bundeshaushalt weist 2011 einen ordentlichen Finanzierungsüberschuss von 1,9 Milliarden Franken aus. Budgetiert war ein Defizit von 600 Millionen. Die Verbesserung ist einerseits auf Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden zurückzuführen, dies vor allem dank der Verrechnungssteuer. Andererseits bewirken bedeutende Kreditreste – trotz umfangreichem Massnahmenpaket Frankenstärke – Minderausgaben von insgesamt gut 700 Millionen. Gleichzeitig belasten hohe ausserordentliche Ausgaben von zwei Milliarden den Haushalt. Insgesamt resultiert ein Finanzierungsüberschuss von rund 200 Millionen. Der Bundesrat hat heute dieses Rechnungsergebnis zur Kenntnis genommen und zudem die Weisungen zum Voranschlag 2013 und Finanzplan 2014-2016 verabschiedet.

Auf der **Einnahmenseite** wurde insbesondere bei der Verrechnungssteuer der Budgetwert deutlich übertroffen (+1,2 Mrd.), trotz mutmasslicher Mindereinnahmen infolge des Kapitaleinlageprinzips (Teil der Unternehmenssteuerreform II). Auch bei der direkten Bundessteuer (+0,3 Mrd.) und bei der Mehrwertsteuer (+0,2 Mrd.) sind Mehreinnahmen zu verzeichnen. Sie sind auf den unerwartet raschen und kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2010 zurückzuführen. Dieser Basiseffekt konnte im Budget 2011 erst teilweise berücksichtigt werden. Gegenüber der Vorjahresrechnung nehmen die Einnahmen um 2,2 Prozent zu, leicht weniger als das nominelle BIP-Wachstum von 2,5 Prozent (aktuelle Schätzung).

Ausgabenseitig wurde das Budget um gut 700 Millionen unterschritten, trotz Ausgaben von über 800 Millionen für das Massnahmenpaket Frankenstärke und gewöhnlichen Nachträgen von insgesamt gut 400 Millionen. Ohne diese nicht budgetierten Positionen lägen die Ausgaben sogar 2,0 Milliarden unter dem Budgetwert. Die Unterschreitung wurde durch hohe Kreditreste infolge von Budgetdisziplin, tiefer Zinsbelastung sowie Verzögerungen bei einzelnen Projekten (u.a. im Rüstungsbereich) ermöglicht. Das Inkrafttreten der IV-Zusatzfinanzierung (1,0 Mrd.), der mit dem Massnahmenpaket Frankenstärke beschlossene Zuschuss an die Arbeitslosenversicherung (0,5 Mrd.) sowie der haushaltsneutrale Portfolio-transfer an die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM AG (0,4 Mrd.) tragen zu einem hohen Ausgabenwachstum von insgesamt 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr bei.

<i>Mrd.CHF</i>	Rechnung 2010	Budget 2011	Rechnung 2011	Differenz zu Budget 2011
Ordentliche Einnahmen	62.8	62.4	64.2	+1.8
Ordentliche Ausgaben	59.3	63.1	62.3	-0.7
Ordentl. Finanzierungsergebnis	3.6	-0.6	1.9	+2.6
Ausserordentliche Einnahmen	-	-	0.3	0.3
Ausserordentliche Ausgaben	0.4	2.0	2.0	0.0
Finanzierungsergebnis	3.1	-2.6	0.2	+2.8

Im **ausserordentlichen Haushalt** sind Ausgaben von 2,0 Milliarden enthalten. Es handelt sich um den Sanierungsbeitrag an die Pensionskasse der SBB und eine erneute Einlage in den Infrastrukturfonds. Hinzu kommen ausserordentliche Einnahmen aus dem Verkauf der SAPOMP AG (Auffanggesellschaft für Liegenschaften mit Wohnbauförderung) und von Swisscom-Aktien. Unter Einschluss des ausserordentlichen Haushalts ergibt sich ein Finanzierungsergebnis von 200 Millionen. Im Einklang mit diesem Ergebnis bleiben die **Bruttoschulden** per Ende 2011 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und betragen 110,5 Milliarden. Die Schuldenquote sinkt infolge des BIP-Wachstums auf 19,6 Prozent.

Weisungen zum Voranschlag 2013 und zum Finanzplan 2014-2016

Das Rechnungsergebnis ist bereits in die finanzpolitische Standortbestimmung eingeflossen, die der Bundesrat am 1. Februar 2012 vorgenommen hat. Über diese Standortbestimmung und das zur Einhaltung der Schuldenbremse nötige zweistufige Bereinigungskonzept hat der Bundesrat bereits informiert (siehe [Medienmitteilung](#)). Basierend auf dieser Einschätzung hat der Bundesrat heute seine Weisungen für den Voranschlag 2013 und den Finanzplan 2014-2016 verabschiedet. Unter anderem gibt er darin den Departementen die Plafonds für die Gesamt- und Personalausgaben vor. Mit diesem Schritt eröffnet der Bundesrat den jährlichen Budgetierungs- und Planungsprozess in den Verwaltungseinheiten und Departementen.

Am 1. Februar hat der Bundesrat erstmals auch eine personalpolitische Standortbestimmung vorgenommen. Er hat entschieden, das Ausgabenwachstum im Personalbereich zu bremsen und so zur Konsolidierung des Haushalts beizutragen. Zu diesem Zweck hat er für den Zuwachs im Voranschlag 2013 ein Zielband fixiert. Er muss sich demnach gegenüber dem Voranschlag 2012 auf die Bandbreite von +0,7 bis +0,9 Prozent beschränken. Das definierte Zielband fällt tiefer aus als der ursprünglich geplante Zuwachs im Legislaturfinanzplan. Die Departemente müssen einen Teil des Ausgabenwachstums auffangen, indem sie das Ausmass der Kreditreste reduzieren. Damit wird auch die Budgetgenauigkeit erhöht. Die entsprechenden Vorgaben sind Teil der Weisungen zum Voranschlag 2013. Der Bundesrat hat das EFD mit der Umsetzung beauftragt.

Für Rückfragen:

Tobias Beljean, Vizedirektor Eidg. Finanzverwaltung
+41 31 322 60 09

Verantwortliches Departement:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Auf der Internet-Version dieser Medienmitteilung unter www.efd.admin.ch/aktuell verfügbar:

- Übersicht über die wichtigsten einnahmen- und ausgabenseitigen Entwicklungen
- Grafiken zum Rechnungsabschluss 2011
- Übersicht über die Publikation zu Haushaltszahlen auf Bundesebene